

# CCS WORKING PAPERS N<sup>o</sup>.4

THORSTEN BONACKER

## POSTNATIONALE KONFLIKTE UND DER WANDEL DES POLITISCHEN

EIN BEITRAG ZUR SOZIOLOGIE DER INTERNATIONALEN  
BEZIEHUNGEN.



CCS WORKING PAPERS

## IMPRESSUM

Herausgeber: Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg  
Prof. Dr. Ulrich Wagner | Prof. Dr. Mathias Bös | PD Dr. Johannes M. Becker

ISSN: 1862-4596

Verantwortliche Redakteurinnen: Cordula Dittmer und Jane Felber

Satz & Layout: Alke Jenss, Gunnar Fischer, Steffen Rein

© 2007, Zentrum für Konfliktforschung

CCS Working Papers sind kostenlos verfügbar unter [www.uni-marburg.de/konfliktforschung/working-papers](http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung/working-papers)

## REDAKTION

André Bank  
Cordula Dittmer  
Jane Felber  
Katja Schäfer  
Carla Schraml  
Stefanie Schuller  
Kerstin Zimmer  
Nadine Ebinghaus  
Maike Huber

## KONTAKT:

Zentrum für Konfliktforschung  
Philipps-Universität Marburg  
Ketzerbach 11  
35032 Marburg  
Telefon: 0 64 21 / 28 24 444  
[konflikt@staff.uni-marburg.de](mailto:konflikt@staff.uni-marburg.de)  
[www.uni-marburg.de/konfliktforschung](http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung)

# INHALTSVERZEICHNIS

<i>Executive Summary</i> .....	4
<i>Einleitung</i> .....	6
1. <i>Zum Begriff des Politischen</i> .....	7
2. <i>Das Politische (in) der Moderne</i> .....	8
3. <i>Modernitätskonflikte</i> .....	10
4. <i>Die Evolution des Politischen</i> .....	11
5. <i>Konfliktdynamiken in der Evolution des Politischen</i> .....	12
6. <i>Postnationale Konflikte um das Politische</i> .....	14
7. <i>Fazit</i> .....	16
8. <i>Literaturverzeichnis</i> .....	17

## DER AUTOR

Prof. Dr. Thorsten Bonacker

ist Juniorprofessor am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der soziologischen und politischen Theorie und in der Friedens- und Konfliktforschung. Seine jüngsten Veröffentlichungen beschäftigen sich mit politischen und rechtlichen Aspekten der Evolution der Weltgesellschaft, mit Prozessen der Normentstehung und des Normwandels sowie mit neueren soziologischen Theorien der globalen Moderne.

THORSTEN BONACKER

POSTNATIONAL CONFLICTS AND THE TRANSFORMATION OF THE POLITICAL.  
A CONTRIBUTION TO A SOCIOLOGY OF INTERNATIONAL RELATIONS

– EXECUTIVE SUMMARY –

The article offers a macro-sociological view on the evolution of postnational conflicts. It starts with a discussion of the concept of the political, developed by postmodern theorists like Lefort and Laclau, and argues that this concept could help us to understand both the changes within world society and the role new conflicts play within these changes. The concept of the political describes how societies symbolise their identity. The classical concept here is the nation state and the territorial construction of political community.

The dismantling of world society's political system is associated with the erosion of this nation state based model of the political. Two consequences could be drawn from here: First, the evolution of world society goes along with a pluralisation of models of the political, e.g. a global, a national and a sub national one. And second, world society today is characterized by conflicts between these concepts of the political.



# POSTNATIONALE KONFLIKTE UND DER WANDEL DES POLITISCHEN.\*

## EIN BEITRAG ZUR SOZIOLOGIE DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

### Einleitung

Mit dem Ende der Blockkonfrontation des Kalten Krieges haben sich die Anforderungen an die Gewährleistung von Sicherheit und Frieden in der Welt, die in stärkerem Maße durch innerstaatliche Konflikte bedroht sind, verändert.

Der Begriff des Politischen erfährt in jüngster Zeit verstärkt Aufmerksamkeit (Nassehi/Schroer 2003; klassisch Sternberger 1983). Dies hängt weniger mit einer Renaissance Carl Schmitts zusammen, mit dessen Werk der Begriff lange Zeit assoziiert wurde, vielmehr geht die Diskussion um das Politische darauf zurück, dass der herkömmliche Politikbegriff zu stark an Voraussetzungen gebunden ist, die mittlerweile nicht mehr ohne Weiteres gelten – etwa an territoriale Staatlichkeit, an die nationalstaatliche Organisation politischer Prozesse oder an die klare Unterscheidung zwischen innerstaatlichen und internationalen Beziehungszusammenhängen. All dies lässt die Frage aufkommen, was Politik und politisches Handeln im Kern bedeuten und inwiefern von einem Wandel der Organisation von Politik gesprochen werden kann. Die Diagnosen rei-

chen hier von einer grundsätzlichen Verabschiedung des Nationalstaats (Albrow 1998), der Analyse von Prozessen der Denationalisierung (Zürn 1998), der Entgrenzung des politischen Systems (Albert/Brock 2001) bis hin zur Debatte um die politische Ungleichzeitigkeit der Weltgesellschaft, in der verschiedene Modernen nebeneinander stehen und Modernisierungsprozesse zu unterschiedlichen politischen Herrschaftssystemen geführt haben (Schlichte 2005). Im Folgenden sollen diese weitreichenden Debatten nicht systematisch aufgegriffen und weitergeführt werden. Vielmehr geht es mir um die Frage, welche Bedeutung das Konzept des Politischen bei der Analyse des Wandels globaler Konfliktodynamiken im Rahmen einer Soziologie der internationalen Beziehungen spielen könnte. Der Beitrag schließt insofern an andere Überlegungen zu neuen Konzepten, Theorien und Methoden der Analyse von Konflikten an, die sich als Folge und als Ausdruck des Wandels der Weltgesellschaft hin zu einer Pluralisierung und Fragmentierung politischer Organisationsformen verstehen lassen (Bonacker/Weller 2006).

---

\* Für Hinweise und Anmerkungen danke ich der Redaktion der Working Paper Reihe sowie den Teilnehmern und Teilnehmerinnen des Panels der Ad hoc-Gruppe „Ideelle Grundlagen außenpolitischen Handelns“ des DVPW-Kongresses 2006 in Münster.

## 1. Zum Begriff des Politischen

Warum sollte sich die Forschung zur Evolution globaler Konfliktodynamiken auf den Begriff des Politischen einlassen und mit ihm operieren? Ich gehe davon aus, dass eine Soziologie globaler Konflikte, also eine soziologische Perspektive innerhalb der Internationalen Beziehungen, nicht Staaten, sondern Gesellschaften als die zentrale Analyseeinheit annimmt. Mich interessiert vor allem das Problem, wie Gesellschaften als solche repräsentiert werden. Anders als etwa klassische Ansätze der Internationalen Beziehungen setzt eine soziologische Perspektive ihre Analyseeinheiten nicht einfach voraus – so wie der Neorealismus von der Existenz von Staaten ausgeht. Vielmehr thematisiert die soziologische Perspektive den Konstitutionsprozess von Gesellschaften, die nicht zwingend eine nationalstaatliche Form annehmen müssen und dies vielleicht auch immer weniger tun.

Drei Antworten auf die Frage nach dem Nutzen des Begriffs des Politischen für eine solche Soziologie der internationalen Beziehungen möchte ich vorab skizzieren:

Erstens unterstützt der Begriff des Politischen den Wechsel von einer staats- zu einer gesellschaftszentrierten Perspektive, die für eine soziologische Perspektive innerhalb der Internationalen Beziehungen charakteristisch ist. Die Soziologie orientierte sich lange Zeit an einem methodologischen Nationalismus, der unter anderem zur Folge hatte, dass sie sich in ihrer Geschichte nur selten mit gewaltsamen Makrokonflikten wie etwa Kriegen befasst hat (Joas 2000). Ulrich Beck (2004) hat dies jüngst noch einmal unterstrichen und gezeigt, inwiefern der Formwandel politischer Gewalt eine grundsätzliche Überarbeitung der makrosoziologischen Forschungs- und Theorieperspektive erfordert. Die Kategorie des Politischen ist hier insofern hilfreich, als sie jenseits der klassischen Unterscheidung von Staat und Gesellschaft angesiedelt ist und mit ihr diese Unterscheidung selbst als eine gesellschaftliche und politische Konstruktion thematisiert werden kann.

Zweitens erlaubt der Begriff des Politischen eine Alternative zu modernisierungstheoretischen Ansätzen, die Konflikte in der Regel als Folge von noch un abgeschlossenen Modernisierungs- und Transformationsprozessen betrachten. *Nation-* und *state-building* sind aus dieser Sicht geeignete und notwendige Bedingungen für einen stabilen innerstaatlichen Frieden. Der Begriff des Politischen erlaubt hier, stärker die Ambivalenz solcher modernisierungstheoretischen Konzepte zu erkennen, denn jede Institutionalisierung des Politischen schafft unweigerlich latente Konfliktlinien – was man aus der Praxis des

*nation-building* zwar kennt, theoretisch und konzeptionell aber häufig nicht sehen will (Bonacker 2006a). Drittens schließlich erlaubt der Begriff des Politischen die Anknüpfung an die traditionelle soziologische These von der konstitutiven und integrativen Kraft von Konflikten. Das Politische bezeichnet in dieser Hinsicht nichts anderes als die Tatsache, dass sich Gesellschaften durch Konflikte herausbilden und reproduziert werden und dass sich moderne Gesellschaften durch eine immanente Konfliktodynamik auszeichnen, die sozialen Wandel auf Dauer stellt.

Auf dieser Basis ist es das Ziel des folgenden Beitrags, die Bedeutung des Begriffs des Politischen für eine Soziologie der internationalen Beziehungen auszuloten. Im Mittelpunkt steht dabei die Überlegung, dass sich mit dem nationalstaatlichen Modell des Politischen Konfliktodynamiken entwickeln, die letztlich zu dessen Transformation beitragen. Neue, postnationale Konflikte als Folge der weltgesellschaftlichen Evolution des Politischen lösen dabei nicht einfach Gesellschaft auf, sondern führen zu neuen Formen der Imagination gesellschaftlicher Einheit oberhalb und unterhalb des Nationalstaats. Nach einer Diskussion des Konzepts des Politischen und der Bedeutung des Politischen in der Moderne (2), entwickle ich eine Typologie von Konflikten, die mit der Grenzziehung zwischen Innen und Außen als dem entscheidenden Mechanismus des Politischen einhergehen (3). Im Anschluss daran wird gezeigt, inwiefern der Nationalstaat innerhalb des Westfälischen Systems das klassische oder hegemoniale Modell des Politischen war (4) und inwiefern sich seit einiger Zeit eine Schwächung dieses Modells beobachten lässt. Die Entstehung neuer, postnationaler Konflikte ist nicht nur Ausdruck, sondern auch Folge dieser Schwäche (5). Sie hat auch zu einer Pluralisierung von Modellen des Politischen und damit unweigerlich auch zu Konflikten um die angemessene Repräsentation von Gesellschaft geführt (6).

Innerhalb der politischen Theorie ist der Begriff des Politischen vor allem in Abgrenzung zum Begriff der Politik eingeführt worden. Soll die Kategorie des Politischen einen wichtigen Beitrag für die Theoriebildung innerhalb der politischen Soziologie und darüber hinaus für neue Forschungsfragen darstellen, so muss sie auf einer anderen Ebene angesiedelt sein, als der Begriff der Politik. Genau dies war die Intention poststrukturalistischer Ansätze, die versucht haben, einen theoretisch gehaltvollen Begriff des Politischen zu formulieren, um sich von der empirischen Politikforschung abzugrenzen und einen eigenen Bereich nicht-empirischer Theoriebildung abzustecken.



Claude Lefort (1990, 1999; Lefort/Gauchet 1990; auch Brodocz 2005) hat in seinen Arbeiten zur Begründung einer nichtessentialistischen politischen Philosophie – vorwiegend in den 1970er und 80er Jahren – explizit zwischen *la politique* und *le politique*, zwischen der Politik als gesellschaftlichem Teilsystem und dem Politischen unterschieden. Ähnlich wie Michel Foucault (2004) in seinen Arbeiten zur Gouvernementalität zielt Lefort – zusammen mit Marcel Gauchet (1990) – darauf ab, dass das Regieren bzw. das kollektive Entscheiden etwas voraussetzt, über das regiert wird oder das sich selbst regiert. Das, was die Politik voraussetzt und auf was sie zwingend angewiesen ist, ist das Politische. Nassehi (2003) sieht deshalb die Konstruktion von Kollektivität als einen notwendigen Bestandteil, ja als spezifische Funktion des politischen Systems an, weil das politische System seine Entscheidungen und deren Folgen auf ein Kollektiv zurechnen muss. Lefort (1990) hingegen separiert das Politische vom politischen System und versteht es als symbolisches Dispositiv, das gleichsam die Möglichkeits- oder Rahmenbedingungen für gesellschaftliche und damit auch für politische Praxis bereitstellt. Unabhängig davon, ob man das Politische nun im politischen System als dessen Funktion oder – wie Lefort – in der Zivilgesellschaft als Ort gesellschaftlicher Selbstverständigung lokalisiert, bleibt festzuhalten, dass das Politische aus poststrukturalistischer Sicht jenen Prozess benennt, mit dem sich Gesellschaft selbst bezeichnet und symbolisch konstituiert. Ganz im Sinne Max Webers ließe sich sagen, dass das Politische insofern existiert, als sich Akteure an diesem symbolischen Dispositiv orientieren. Im Rahmen der poststrukturalistischen Debatte hat vor allem Leforts Zuordnung des Politischen zur Zivilgesellschaft Kritik hervorgerufen. Mit ihr werde, so verschiedene Autoren, die Kategorie des Politischen reifiziert und letztlich wieder als Teilbereich der Gesellschaft beschrieben. Demgegenüber haben etwa Ernesto Laclau und Chantal Mouffe das Politische stärker als einen Mechanismus der Identitätskonstruktion beschrieben (Laclau/Mouffe 1991; Mouffe 1993; Laclau 1996). Im Mittelpunkt ihrer gegenüber Lefort stärker soziologisch ausgerichteten Diskurstheorie steht das Politische als eine Grenzziehung zwischen einem Innen und einem Außen. Diese Grenzziehung vollzieht sich primär dadurch, dass etwas Partikulares die Gesellschaft als Ganzes symbolisiert, indem es unterschiedliche gesellschaftliche Elemente miteinander in Beziehung setzt, die dadurch als Elemente derselben Gesellschaft erscheinen. Wodurch gesellschaftliche Einheit symbolisiert wird, welche Form das Politische also annimmt, ist eine empirische Frage. Klar ist nur, dass sich Gesellschaften auf der einen Seite imaginär schließen müssen, damit Akteure sich und ihre Handlungen verorten können, dass diese Schließung

aber auf der anderen Seite unvollständig und politisierbar bleibt. Das Außen birgt, mit anderen Worten, beständig eine Gefahr für das Innen und damit für die Grenzziehung als solche. Die Pointe dieser poststrukturalistischen Auffassung des Politischen besteht demzufolge darin, dass das Politische auf einer letztlich instabilen Grenzziehung zwischen Innen und Außen beruht und dass empirisch offen bleibt, wie eine Gesellschaft sich selbst eine solche Grenze setzt und sich symbolisch konstituiert (Brodocz 2002; Bonacker/Brodocz 2001).

Mit Blick auf modernisierungs- und differenzierungstheoretische Ansätze kann man sagen, dass parallel zu Differenzierungsprozessen ein symbolischer Integrationsprozess stattfindet, der die Einheit dessen, was sich differenziert, symbolisch zur Geltung bringt. Erst das eröffnet in einer Gesellschaft die Möglichkeit, unterschiedliche Akteure, Normen, Teilbereiche oder soziale Schichten und Milieus zu lokalisieren und ihr zuzurechnen. Mit anderen Worten: Das Politische ist nichts anderes als das symbolische *containment*, d.h. die Konstruktion eines politischen Raumes einer Gesellschaft, durch die sie erst in dem Maße eine Gesellschaft wird, wie sie eine Innen-Außen-Unterscheidung institutionalisiert.

## 2. Das Politische (in) der Moderne

Der Begriff des Politischen reflektiert damit ein besonderes Problem moderner Gesellschaften. Mit welchen Mitteln sich Gesellschaften als Einheit symbolisieren, bleibt eine empirische Frage, deren Beantwortung die Möglichkeit bietet, zwischen unterschiedlichen Gesellschaften je nach der Form des Politischen zu unterscheiden. Für moderne Gesellschaften – genauer müsste man an dieser Stelle sagen: für sich als modern darstellende Gesellschaften – verbietet sich dabei eine Externalisierung der Innen-Außen-Unterscheidung. Eine Naturalisierung oder religiöse Fundierung des Politischen entspricht nicht dem modernen Selbstverständnis. Luhmann (1997) hat daraus den Schluss gezogen, dass die Einheit der Gesellschaft funktionssystemspezifisch abgebildet wird und damit in eine Vielzahl möglicher Einheitssemantiken zerfällt. Die Kategorie des Politischen hingegen betont die Orientierungs- und Integrationsfunktion solcher Einheitsvorstellungen, weil sich ohne sie keine Vorstellung von Gesellschaft in einer Gesellschaft entwickeln könnte. Funktionssysteme

wie die Politik, aber auch das Recht, Massenmedien oder die Wirtschaft operieren allerdings mit solchen Restriktionen. Sie vergesellschaften nicht nur, sie beziehen sich auf eine wie auch immer imaginierte Gesellschaft. Mit welcher Gesellschaft in der Gesellschaft gerechnet wird, das ist indes genau die Frage, die mit dem Begriff des Politischen gestellt wird.

Der Begriff des Politischen greift damit ein zentrales Problem der soziologischen Diskussion um die Moderne auf. Modernisierungs- und differenzierungstheoretisch wird Modernität in der Regel als gesellschaftliche Struktureigenschaft aufgefasst. Eine Gesellschaft ist dann modern, wenn sie abstrakte Werte institutionalisiert hat, Solidarität sich kommunikativ verflüssigt in öffentlicher Meinungs- und Willensbildung herstellt, Religion ein funktionales Teilsystem neben anderen geworden ist oder wenn das politische System demokratisch verfasst ist. Auch Lefort (1990) beschreibt Modernität noch als gesellschaftsstrukturelle Disposition, indem er jene Gesellschaften modern nennt, in denen die symbolische Stelle der Macht – nach der symbolischen Vertreibung des Königs – leer bleibt und nur partiell besetzt werden kann (Rödel/Frankenbergl/Dubiel 1989). In Luhmanns Konzeption von Modernität sind moderne Gesellschaften bekanntlich modern, wenn sie autonome Funktionsbereiche ausgebildet haben. Deshalb ist in der Moderne Gesellschaft immer schon Weltgesellschaft, weil sich Funktionsbereiche nicht in nationalstaatliche Container sperren lassen. Dem ist in der Diskussion um *Multiple Modernities* entgegenggehalten worden, dass eine solche Auffassung von Modernität von vornherein das Institutionengefüge westlicher Demokratien und das Selbstverständnis europäischer und nordamerikanischer Gesellschaften auf den Rest der Welt überträgt und damit die kulturellen Eigenheiten gesellschaftlicher Wandlungsprozesse übersieht bzw. zum semantischen Beiwerk sich vollziehender Modernisierung degradiert (Randeria 2004; Bonacker/Reckwitz 2007). Modernisierung vollzieht sich in dieser letztlich ethnozentrischen Perspektive dann auf gesellschaftsstruktureller Ebene bspw. als Formalisierung des Rechts oder als Zunahme sozialer Mobilität, die von kulturellen Besonderheiten gewissermaßen diskursiv flankiert werden.

In der Konfliktforschung hat sich diese modernisierungstheoretische Sichtweise weitgehend durchgesetzt. So werden Konflikte als Folge der Erosion normativer Muster aufgefasst, die Gesellschaften zunächst destabilisieren können, weil etwa Formen legitimer Herrschaft kollabieren. Im Zuge des Modernisierungsprozesses nimmt das Gewalt- und Desintegrationspotential solcher Konflikte

dann ab, wenn es gelingt, moderne Institutionen – wie etwa das Prinzip der Gewaltenteilung und Formen nationaler Zugehörigkeit – zu bilden, die Konflikte entschärfen. Integrativ, so eine klassische Vorstellung in der Konfliktsoziologie, wirken Konflikte erst, wenn sie auf dem Boden einer möglichst prozedural generierten, inklusiv wirkenden gemeinsamen Identität ausgetragen werden (vgl. für einen Überblick Bonacker 2005), wenn auch man sogleich etwa mit Simmel einwenden kann, dass Identitäten immer auch exkludierend und nur auf Grund dessen integrativ wirken, damit also auch Konflikte provoziert werden. Integration durch Konflikt kann deshalb immer auch Konfliktverschärfung bedeuten. Nicht ganz falsch ist diese modernisierungstheoretische Beschreibung aber deshalb, weil bestimmte Institutionen und Grenzziehungen sicherlich konfliktärmer sind als andere und weil, wie etwa Dieter Senghaas (1995) mit seinem zivilisatorischen Hexagon gezeigt hat, westliche Gesellschaften bei der Befriedung ihrer innergesellschaftlichen Konflikte besonders erfolgreich waren.

Mit dem Begriff des Politischen eröffnet sich demgegenüber die Möglichkeit, Konflikte nicht nur als Folgen gesellschaftsstruktureller Entwicklungen zu verstehen. Vielmehr verweist der Begriff des Politischen darauf, dass es gesellschaftsbildende und -strukturierende Konflikte gibt, die sich an der symbolischen Form der Gesellschaft selbst entzünden. Solche Konflikte lassen sich als *Modernitätskonflikte* – im Gegensatz zu Modernisierungskonflikten – bezeichnen. Modernitätskonflikte entstehen im Zuge der Innen-Außen-Unterscheidung einer Gesellschaft oder bringen diese Unterscheidung und damit die Imagination gesellschaftlicher Einheit erst hervor. Modernität meint dabei ein – in der Regel umkämpftes – spezifisches kulturelles und politisches Programm, das sich in Gesellschaften diskursiv durchgesetzt hat und das im Kern ein gesellschaftliches Kontingenzbewusstsein, also die Vorstellung artikuliert, soziale Ordnung müsse – in den Worten Zygmunt Baumanns (1997) – erst hergestellt werden. Gesellschaft wird so zu einer Projektionsfläche gestalterischer Konzepte, die die mit dem Programm der Modernität aufgeworfenen Fragen der Zugehörigkeit, der Verteilung von Gütern oder der territorialen Integrität beantworten. Welche Konzepte von Modernität sich jeweils durchsetzen, wie mit dem Problem der Kontingenz umgegangen wird, ist in hohem Maße, dies hat vor allem Shmuel Eisenstadt (2005; Bonacker 2007) hervorgehoben, von den jeweils vorgefundenen historischen und kulturellen Kontexten abhängig. Das Problem des Politischen, die Instituierung von Gesellschaft, steht in modernen Gesellschaften deshalb in besonderem Maße im Mittelpunkt, weil es als kontingenter – und damit auch als politischer

und politisierbarer – Akt begriffen wird. Die Grenze zwischen Innen und Außen, durch die sich eine Gesellschaft formiert, könnte auch anders gezogen werden. Sie ist veränderbar, umstritten und konflikthaft.

### 3. Modernitätskonflikte

Im Folgenden möchte ich einige kurze Anmerkungen zur Konfliktdynamik machen, die mit dem Politischen in modernen Gesellschaften einhergeht und die ich als Modernitätskonflikte beschreibe (ausführlicher Bonacker 2006b). Modernitätskonflikte sind nicht nur politische Auseinandersetzungen um Macht, Ressourcen oder um Gruppenzugehörigkeiten, sie sind Konflikte des Politischen, genauer: Konflikte, in denen es – auch – um das Politische, um die Form der Gesellschaft geht. Konflikte als Modernitätskonflikte zu verstehen, bedeutet insofern, sie einerseits im Hinblick auf ihre gesellschaftsstiftende und -strukturierende Funktion zu betrachten. Andererseits vollzieht sich aufgrund der Kontingenz gesellschaftlicher Grenzziehungen in und durch Modernitätskonflikte auch sozialer Wandel. Beides – soziale Strukturierung und sozialer Wandel, Integration und Desintegration – gilt es, im Blick zu behalten.

Aus dem Mechanismus des Politischen, der Unterscheidung von Innen und Außen in Bezug auf die symbolische Konstruktion von Gesellschaft, resultiert eine immanente Konflikthaftigkeit und Konfliktdynamik von Gesellschaften. Lefort hat dies mit den Begriffen der „ursprünglichen Teilung“ und der „konstitutiven Konflikthaftigkeit“ moderner Gesellschaften umschrieben (Lefort/Gauchet 1990). Man benötigt unter Umständen aber keine solchen Quasi-Essentialismen, um zu sehen, dass mit dem Politischen immer auch eine soziale Konfliktdynamik verbunden ist. Bernhard Giesen (1991) hat, im Anschluss an die Arbeiten von Eisenstadt, diesen Zusammenhang zwischen der Imagination gesellschaftlicher Einheit und den gleichsam kulturell konstruierten Konfliktdynamiken in den Mittelpunkt seiner zumindest implizit konflikttheoretisch ausgerichteten Makrosoziologie gestellt. Giesen zufolge konstruieren Gesellschaften ihre Einheit mittels eines Inklusionscodes, der zwischen einem Zentrum und einer Peripherie, also zwischen denen unterscheidet, die dazugehören, und denen, die dazu gehören wollen, aber nicht inkludiert sind. Das Politische trennt sozusagen zwi-

schen der wirklichen Zugehörigkeit und der bloßen Angehörigkeit, zwischen echter Teilhabe und asymmetrischer Abhängigkeit von den Entscheidungen eines Kollektivs. Giesen zufolge lässt sich nun nicht nur theoretisch, sondern vor allem empirisch beobachten, dass die Außenseite des Politischen, die Peripherie einer Gesellschaft, darum bemüht ist, die Kriterien der Grenzziehung und damit die Grenze selbst in einem Prozess der Politisierung in Frage zu stellen. „Die sozialstrukturelle Situation von Zentrum und Peripherie“, so Giesen, „gibt daher immer auch Anlaß zu ‚kulturellen‘ Konflikten um neue Codes der Inklusion bzw. der Exklusion“ (Giesen 1991: 185). Exemplarisch dafür sind etwa gegenwärtige Diskurse zur europäischen Identität, die, je nach Träger, versuchen, neue Staaten zu integrieren oder, wie im Fall der Türkei, als nicht-europäisch auszuschließen bzw. sie – auch dies ist eine Form der Inklusion – an der Grenze zwischen beidem zu platzieren.

Modernitätskonflikte drehen sich also um diese Grenzziehung als Mechanismus des Politischen auf der Basis einer wahrgenommenen Kontingenz solcher Grenzen. Die Formierung einer europäischen Gesellschaft ist dafür ein gutes Beispiel, zeigt sie doch, wie gesellschaftliche Einheit über die Definition von Zugehörigkeiten jenseits gesellschaftsstruktureller Prozesse – etwa der Errichtung eines europäischen Rechts- und Wirtschaftsraumes – ablaufen und die Wahrnehmung und Identifikation einer Gesellschaft prägen. Dabei geht es nicht unbedingt nur um eine gemeinsame europäische kollektive Identität, sondern in erster Linie darum, was unter Europa verstanden und wer oder was aufgrund solcher Deutungsmuster als Teil einer europäischen Gesellschaft betrachtet wird. Gesellschaft, dies wird an diesem Beispiel noch einmal deutlich, ist eine Beobachterkategorie, die es Akteuren erlaubt, sich zu lokalisieren, Entscheidungen zuzurechnen und Identitäten zu verankern.

Giesens makrosoziologischer Ansatz erlaubt nun eine Differenzierung in drei Typen von Modernitätskonflikten, denen drei Konfliktdynamiken entsprechen, die auf unterschiedliche Weise gesellschaftsbildend wirken. Bereits erwähnt sind Konflikte, in denen die Peripherie in das Zentrum drängt und Erwartungen in Bezug auf Zugehörigkeit und Teilhabe vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Identität stellt. Das Politische wird hier von Gruppen in Anspruch genommen, die sich als Teil der Gesellschaft verstehen, aber in ihr noch keine ausreichende Berücksichtigung erfahren haben.

Davon lassen sich, zweitens, Intergruppenkonflikte im Inneren von Gesellschaften unterscheiden (Bonacker/Wagner 2003). Hierbei geht es um Verteilungs-, Werte-, Ziel- oder Identitätskonflikte, die aber auf der Basis einer reziprok anerkannten Zugehörigkeit zur Gesellschaft ausgetragen werden. Lefort (1990) beschreibt dies als Institutionalisierung des Konflikts in modernen Gesellschaften, die Verfahren ausbilden, solche Konflikte einerseits gewaltfrei auszutragen, andererseits Konfliktgegenstände zu separieren, also institutionell bspw. zwischen Identitäts- und Verteilungskonflikten zu unterscheiden. Darüber hinaus garantieren Mehrfachzugehörigkeiten in differenzierten Gesellschaften eine Unterbrechung und Eingrenzung von Konfliktodynamiken. Das Politische ist hier nicht unmittelbar Gegenstand des Konflikts, kann aber nicht nur reproduziert, sondern auch transformiert werden, etwa wenn das kollektive Handeln unterschiedlicher Konfliktparteien nicht mehr mit einer bislang unterstellten Gemeinsamkeit übereinstimmt und nach anderen Gemeinsamkeiten gesucht wird. Unter Umständen generieren sich dann neue Formen des Politischen aus dem Inneren von Gesellschaften. Die Debatte um Migration in multiethnischen Gesellschaften stellt dafür ein gutes Beispiel dar, weil es hier zu einer Differenz zwischen dem staatlich institutionalisierten Konzept von Zugehörigkeit und faktisch wahrgenommener Zugehörigkeit kommt.

Der dritte Typ von Modernitätskonflikten betrifft Auseinandersetzungen um die Grenze zwischen Innen und Außen selbst. Hier geht es in erster Linie um Strategien, diese Grenze so stabil wie möglich darzustellen und sie in einen Antagonismus zum Exkludierten zu bringen. Der Andere will dann nicht Teil der Gesellschaft werden, er kämpft nicht um Anerkennung, sondern er ist Gegner oder Feind, auf jeden Fall eine Bedrohung für die Grenze selbst. Im Zuge des *sociological turns* der Internationalen Beziehungen sind hier Studien zur Versicherheitlichung (*securitization*) von Grenzen zu nennen, die zeigen, wie Bedrohungsperzeptionen zur imaginären Schließung einer Gesellschaft beitragen und den Eindruck gesellschaftlicher Einheit entstehen lassen (Bernhardt/Bonacker 2006). Das Politische ist in diesem Fall Gegenstand des Konflikts, da die Konfliktlinie zwischen dem Innen und Außen, zwischen einer Gesellschaft und ihrem sozial konstruierten Anderen verläuft.

## 4. Die Evolution des Politischen

Ein Problem poststrukturalistischer Theorien besteht häufig in der mangelnden Anschlussfähigkeit zur empirischen Forschung. Die Dekonstruktion sozialwissenschaftlicher Begriffe führt zwar in der Regel dazu, dass der Problemgehalt und versteckte Reifikationen von Begriffen offen gelegt werden. Gleichzeitig gerät damit aber Gesellschaft als soziales Problemfeld und empirischer Gegenstand aus dem Blick. Dies zeigt sich besonders dort, wo es um sozialen Wandel geht. Zwar haben poststrukturalistische Arbeiten die prinzipielle Offenheit und Unabgeschlossenheit sozialer Strukturen und damit die Bedeutung sozialen Wandels in Gesellschaften deutlich gemacht. Aber der soziale Wandel selbst ist nur selten Gegenstand poststrukturalistischer Arbeiten.

Deshalb sind Autoren wie Lefort oder Laclau in Bezug auf die soziologische Bedeutung des Politischen sehr instruktiv, für Aussagen über die Evolution des Politischen haben sie indes wenig zu bieten. Fragen nach der Evolution des Politischen richten sich auf den Wandel verschiedener Formen der Imagination gesellschaftlicher Einheit. Hiermit wird erkennbar, dass ein Vorzug des Begriffs des Politischen darin besteht, den von verschiedener Seite kritisierten methodologischen Nationalismus der Sozialwissenschaften zu historisieren. Gesellschaften waren nicht immer nationalstaatlich verfasst, sie sind es heute noch häufig, aber nicht durchgängig und sie nutzen zunehmend auch andere Mechanismen des Politischen als die des Nationalstaats. Es geht bei dieser Historisierung keineswegs um eine Verabschiedung des Nationalstaats, sondern darum, ihn als eine Form des Politischen neben anderen zu verstehen und gleichzeitig zu erkennen, dass die nationalstaatliche Form des Politischen zunehmend erodiert.

Makrosoziologisch lassen sich in einem ersten Schritt vier Formen des Politischen unterscheiden: (1) Verwandtschaft, (2) Rang, (3) Konfession und (4) Nation als symbolische Konstruktionen gesellschaftlicher Einheit, die auf ihre Weise Grenzen zwischen dem Innen und dem Außen einer Gesellschaft ziehen (Giesen 1991: 176-204).

Giesen versteht den Prozess der Evolution unterschiedlicher Formen des Politischen als einen Entwicklungsprozess, der auf der Erschütterung institutionalisierter Inklusionscodes basiert. Verschiedene Beiträge aus der Debatte um die *Multiple Modernities* legen demgegenüber nahe, diese Formen des Politischen im Rahmen der Weltgesellschaft als komparativ, d.h. als nebeneinander und gelegentlich im Sinne eines Modernitätskonflikts zwischen verschiedenen Formen gesellschaftlicher Selbstrepräsentation zu verstehen.

tation auch als gegeneinander existierend zu verstehen (Randeria 2004; Bonacker/Reckwitz 2007). Dennoch spielt der Nationalstaat als Form des Politischen insofern eine besondere Rolle, als er sich weltgesellschaftlich insgesamt soweit durchgesetzt hat, dass man zwar zwischen verschiedenen Konzeptionen der Nation (klassisch zwischen politischen und ethnischen) unterscheiden kann, der Nationalstaat aber als Prinzip politischer Inklusion universell geworden ist.

Der Nationalstaat steht als Form des Politischen in einem zweifachen Zusammenhang mit der Evolution der Weltgesellschaft insgesamt: Zum einen bedeutet seine weltweite Durchsetzung, wie vor allem die Stanford-School um John Meyer (2005; Koenig 2005) gezeigt hat, die Verbreitung strukturell ähnlicher institutioneller Muster. Wenigstens der Idee nach ist der Nationalstaat in den letzten Winkel der Welt vorgedrungen, was nicht zuletzt selbst bis heute ein äußerst konfliktreiches Geschehen ist. Aber auch wenn er hier unter Umständen mit anderen Modellen des Politischen konkurriert, galten Staaten dennoch lange Zeit als Hauptadressaten und -autoren globaler politischer Kommunikation. Zum anderen dient der Nationalstaat auch in dem Maße als integrativer Faktor, in dem globale Vergesellschaftung über funktionale Codes gesteuert ist und die Selbstverortung für Akteure sowie die Zurechnung von politischen Entscheidungen bzw. Verantwortungen damit zunehmend schwieriger wird. „Im Kontrast zur Unübersichtlichkeit der Weltgesellschaft“, so Stichweh (2000: 52), „bietet die Nation eine relativ stabile Identifikation für Personen, denen herkömmliche lokale ‚settings‘ eine hinreichende Erwartungssicherheit hinsichtlich ihrer eigenen Lebensbedingungen nicht mehr garantieren können.“ Durch die nationalstaatliche Simulation gesellschaftlicher Einheit wird es Individuen, Organisationen, sozialen Bewegungen oder Gruppen ermöglicht, sich als nationale – oder internationale – Akteure zu beschreiben, sich als Teil einer Gesellschaft zu verstehen und mit anderen in diesem Rahmen zu interagieren. Das nationalstaatliche Modell der Gesellschaft erweist sich in dieser Hinsicht als besonders geeignet, die Evolution der Weltgesellschaft voranzutreiben, weil es selbst Teil der Evolution des politischen Systems der Weltgesellschaft ist und weil es als Modell des Politischen Gesellschaften innerhalb der Weltgesellschaft repräsentiert. Die Weltgesellschaft nimmt in der westfälischen Konstellation eine nationalstaatlich gegliederte, territorial differenzierte Form an, deren Einheit in der Differenz nationalstaatlicher Räume aufscheint.

Das nationalstaatliche Modell des Politischen zeichnet sich gegenüber anderen Modellen des Politischen dadurch

aus, dass es eine Gleichheit aller Mitglieder herstellt, um gleichzeitig im Inneren eine relativ große Divergenz von Interessen, Werten oder Rollen zuzulassen (Albert 2002: 114). Dazu verkoppelt es drei Elemente: die nationalstaatlich organisierte Inklusion in die Gesellschaft – über den Mechanismus der Staatsbürgerschaft –, die Konstruktion einer nationalen kollektiven Identität – unter anderem über primordiale, askriptive Codes – und die Definition der Reichweite des staatlichen Gewaltmonopols und der Geltung politisch gesetzter Normen durch die Eingrenzung des Staatsgebiets, also durch territoriale Grenzen. Territorialität ist dabei insofern eine Art „Metacode“ (Albert 2002: 113), als sich im nationalstaatlichen Modell Inklusion und Exklusion ebenso wie die Konstruktion kollektiver Identitäten territorial verankern. Die enge Bindung von nationalstaatlicher Inklusion an eine nationale kollektive Identität sorgt darüber hinaus für die Regelung von legitimen und insofern relevanten Mitgliedern einer nationalstaatlich imaginierten Gesellschaft. Damit ergeben sich für das nationalstaatliche Modell des Politischen drei Innen-Außen-Unterscheidungen: die zwischen Inkludierten und Exkludierten, die zwischen einer nationalen kollektiven Identität und den Anderen und die zwischen einer nationalstaatlich imaginierten territorial umgrenzten Gesellschaft und anderen nationalen Gesellschaften. Auch hier wird deutlich, dass die territoriale Grenze eine Doppelfunktion einnimmt: Einerseits bezieht sie gesellschaftliche Teilhabe und kollektive Identitäten auf einen umgrenzten Raum, andererseits können mit ihr als Metacode Gesellschaften identifiziert und klar voneinander abgegrenzt werden (Bonacker 2006c).

## 5. Konfliktodynamiken in der Evolution des Politischen

Wird eine Gesellschaft als Nationalstaat konstruiert, ergeben sich damit drei typische Konfliktodynamiken, d.h. drei Typen von Modernitätskonflikten:

erstens Konflikte zwischen Zentrum und Peripherie, bei denen die an der Peripherie lebenden Gruppen in das Zentrum drängen. Solche Konflikte werden entweder als Inklusions- oder als Identitätskonflikte ausgetragen, weil es entweder um Teilhabe an gesellschaftlichen Leistungen und deren Verteilung oder um die Zugehörigkeit zu kollektiven Identitäten mit entsprechenden Diskriminierungen geht. Werden diese beiden Konfliktodynamiken

miteinander verknüpft, etwa indem Gruppen gesellschaftliche Teilhabe mit Verweis auf ihre Gruppenzugehörigkeit verweigert wird, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit eines gewaltsamen Konfliktaustrags, weil in Identitätsfragen Konflikte als unteilbar, d.h. nach einer Logik der Ausschließlichkeit dargestellt werden.

Die zweite Konfliktdynamik entwickelt sich im Inneren einer nationalstaatlich verfassten Gesellschaft. Insofern das nationalstaatliche Modell des Politischen eine relativ große Divergenz von Interessen, Lebensformen, Einstellungen und Lebenslagen im Binnenraum einer Gesellschaft zulässt, muss man mit Konflikten rechnen. Dubiel (1999) hat deshalb die integrative Kraft von Konflikten betont, weil in pluralistischen Gesellschaften Konsens unwahrscheinlich geworden ist und sich das soziale Band nur noch über den gewaltfreien Konfliktaustrag und eine „konstruktive politische Konfliktkultur“ (Senghaas) herstellen lässt.

Die dritte Konfliktdynamik um die Grenze des Politischen selbst entsteht dadurch, dass, wie Giesen (1991) betont, die konfliktträchtige Grenze in nationalstaatlichen Gesellschaften von innen nach außen verlagert wird, um der Inflation von Ansprüchen und Zugehörigkeiten Einhalt zu gebieten. Genau dazu dient der territoriale Code des Politischen, d.h. die territorial verankerte Unterscheidung zwischen Innen und Außen, die es erlaubt, die Kräfte im Inneren zu bündeln und im Lichte nicht zu beruhigender innerer Konflikte nationale Einheit herzustellen: „Sobald die Träger des Nationencodes im Zentrum oder an der Spitze der Gesellschaft angelangt sind, haben sie ein Interesse daran, die Grenze nach außen zu verlagern und die zentripetalen Konfliktenergien in zentrifugale Energien zu verwandeln. Die nachrevolutionäre Interpretation des Nationencodes erhält damit eine nationalistische Schiefelage. Daraus entwickelt sich – sind diese Transformationen und Verlagerungen der Strukturen erst einmal fest etabliert – auch eine neue Möglichkeit zur Markierung des ‚Außenseiters‘. Er ist entweder ein Fremder, der von außen in die Gesellschaft eingedrungen ist, oder ein heimat- und standortloser Kosmopolit, der das Wesen des Nationalen nicht verstehen kann“ (Giesen 1991: 204).

Es gibt zwei mögliche Orte, an denen dieser Konflikt um das Politische ausgetragen werden kann: innerstaatlich oder zwischenstaatlich.

Zunächst zum zwischenstaatlichen Konflikt um das Politische: Die territoriale Verankerung der Innen-Außen-Unterscheidung führt dazu, dass andere staatlich verfasste Gesellschaften unter Umständen als Bedrohung wahrgenommen werden. Diese Bedrohung geht, wie zahlreiche politikwissenschaftliche und sozialpsychologische Studien gezeigt haben, mit einer Versicherheitlichung der ei-

genen Identität und insofern mit einer Verschärfung des Konfliktpotentials einher. Innerhalb einer Gesellschaft führen zwischenstaatliche Konflikte in der Regel zur Integration. Anthony Giddens (1987) hat in seiner klassischen Studie „The Nation-State and Violence“ die Geburt des nationalstaatlichen Modells aus gesellschaftlichen Entwicklungen – der Industrialisierung und der Expansion administrativer Macht einerseits und der inneren Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte im Kriegsfall andererseits – nachgezeichnet. In dieser konfliktsoziologischen Tradition hat Armin Nassehi (2003) auf die ordnungs- bzw. gesellschaftsstiftende Kraft des Krieges hingewiesen und dabei gleichzeitig zu recht betont, dass der Krieg als ein Vehikel der Modernität verstanden werden kann. Als Modernitätskonflikt löst der zwischenstaatliche Krieg das Problem des Politischen, indem er Gesellschaft als Einheit erkennbar macht. Die politische Funktion des klassischen Krieges der Nationen besteht deshalb Nassehi zufolge darin, „für gesellschaftliche Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit zu sorgen (...)“ (Nassehi 2003: 156). Vielleicht sollte man hier mit der Rede von der Funktion des Krieges etwas zurückhaltender sein, in jedem Fall aber ist die nationalstaatliche Formgebung moderner Gesellschaften eng mit dem Phänomen des zwischenstaatlichen Krieges verbunden.

Der zweite Ort der Austragung des Konflikts um das Politische liegt im Inneren der Gesellschaft, denn die Bedrohung der nationalen Einheit kann auch von innen kommen. Zygmunt Bauman (1997) hat gezeigt, was mit solchen Eindringlingen gemacht wurde, die man wohl zu Recht als Opfer des nationalstaatlichen Modells des Politischen bezeichnen kann. Poststrukturalistische Autoren wie Slavoj Žižek (1994) oder Giorgio Agamben (2004) sind demgegenüber noch einen Schritt weiter gegangen. Žižek zufolge produziert jede Form des Politischen insofern ihre Opfer, als zur Imagination gesellschaftlicher Einheit ihr Scheitern konstitutiv dazugehört. Kurz gesagt muss nur das Nichtrepräsentierbare repräsentiert werden, das deshalb niemals vollständig repräsentiert werden kann. Dieser konstitutive Mangel des Politischen führt dazu, Gruppen zu identifizieren, die die Einheit der Gesellschaft, d.h. hier die Einheit der Nation „stehlen“ (Žižek) und deren Diebstahl im Namen der Nation verfolgt und bestraft werden muss. Der Nationalstaat ist insofern nicht nur Gewaltmonopolist, er ist und war zugleich immer auch Quelle der Gewalt – nach innen wie nach außen.

Meine abschließende These ist nun, dass sich mit der Entgrenzung des politischen Systems der Weltgesellschaft und mit der Erosion des nationalstaatlichen Modells des Politischen eine Transformation dieser beiden Konflikt-

dynamiken des Politischen abzeichnet und dass das Entstehen neuer Konflikte schließlich in neue postnationale Modelle des Politischen mündet.

## 6. Postnationale Konflikte um das Politische

Was wird aus dem Politischen, wenn sich das Konfliktgeschehen vom Nationalstaat weg bewegt? Zunächst sprechen einige Indizien für die Diagnose einer solchen Bewegung: Erstens ist der Nationalstaat weder nach innen noch nach außen jener souveräne Akteur, als der er im Westfälischen System betrachtet wurde. Gewalt gegen die eigene Bevölkerung wird international skandalisiert, der Nationalstaat ist im Rahmen einer transnationalen Öffentlichkeit und transnationalen Legitimationsprozessen einer kritischen Dauerbeobachtung unterworfen. Zweitens sind am Konfliktgeschehen immer mehr nichtstaatliche Akteure beteiligt. Das gilt sowohl für die unmittelbaren Konfliktparteien als auch für indirekt in den Konflikt involvierte internationale Organisationen und Gruppen innerhalb von Nationalstaaten. Bereits John Burton hat Anfang der 1970er Jahre darauf hingewiesen, dass man sich bei der Darstellung des weltweiten Konfliktgeschehens nicht nur auf staatliche Grenzen konzentrieren, sondern stärker die tatsächlichen Interaktionen innerhalb eines Konfliktsystems fokussieren sollte (Burton 1972). So entsteht der Eindruck eines Spinnennetzes von Beziehungen innerhalb eines Konfliktsystems, bei dem staatliche Akteure relativ gesehen an Bedeutung verlieren – was natürlich nicht heißt, dass sie keine oder nur eine geringe Rolle spielen. Drittens sind diese Tendenzen eingebunden in die Diagnose von der Entgrenzung des politischen Systems in der Weltgesellschaft (Albert 2003). Dieser Entgrenzungsprozess ist als Evolution der Weltgesellschaft von einem territorial differenzierten politischen System zu einem deterritorialisierten beschrieben worden (Albert/Stetter 2006). Teil dieses Prozesses sind unter anderem eine stärkere Betonung funktionaler gegenüber kultureller und territorialer Grenzen, eine Zunahme an globaler Interaktion über territorialstaatliche Grenzen hinweg und damit eine Abkopplung funktional differenzierter Teilsysteme von nationalstaatlicher Integration. Bezogen auf das nationalstaatliche Modell des Politischen bedeutet Entgrenzung in erster Linie eine Entkopplung von nationalstaatlich organisierter Inklusion, kollektiver Identität und ihren

territorialen Verankerungen. Begleitet wird dieser Prozess von zunehmender Migration, der Zivilisierung kollektiver Identitäten im Sinne einer Ersetzung der primordialen durch zivile Codierungen kollektiver Identität, der Verlagerung politischer Entscheidungskompetenzen auf supranationale Organisationen und Regime, der Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit, der Konstitution transnationaler „advocacy networks“ (Keck/Sikkink 1998) und sozialer Bewegungen, der Entstaatlichung des Rechts (Teubner 1996) und natürlich der Globalisierung privatwirtschaftlicher Handels- und Finanzströme. Die im Nationalstaat noch zur Deckung gebrachten Grenzen treten auseinander bzw. ihre imaginierte Einheit wird angesichts der Durchsetzung funktionaler Differenzierung zunehmend unplausibel. In der Folge nimmt die Integrationskraft des Nationalstaates und damit die Überzeugungskraft und soziale Geltung des nationalstaatlichen Modells des Politischen ab.

Im Rahmen der Internationalen Beziehungen sind im Zusammenhang mit dieser Diagnose der Entgrenzung zwei Prozesse beobachtet worden, in denen sich das Konfliktgeschehen vom Nationalstaat wegbewegt (Bonacker 2006d): die Pazifizierung der internationalen Beziehungen und die Zunahme innerstaatlicher Gewaltkonflikte. Auf der einen Seite werden seit 1945 bekanntlich immer weniger zwischenstaatliche Kriege geführt, auf der anderen Seite ist ein kontinuierlicher Anstieg – bei zwischenzeitlicher Stagnation – innerstaatlicher Kriege zu verzeichnen. Auch in der Debatte um die „neuen Kriege“ wurde zuletzt deutlich, dass sich das weltweite Konfliktgeschehen vom klassischen zwischenstaatlichen Krieg, der für das nationalstaatliche Modell des Politischen charakteristisch war, entfernt hat. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung entsteht leicht der Eindruck, dass die neuen Konflikte in erster Linie stark ordnungszerstörend wirken. Die Zunahme innerstaatlicher Gewaltkonflikte wird häufig mit Prozessen des Staatszerfalls oder der Schwäche solcher Staaten erklärt, während die Zunahme militärischer Interventionen auf die Hegemonie der Vereinigten Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zurückgeführt wird. Strukturell gesehen ist dies sicherlich nicht falsch. So halten schwache Staaten dem politischen und ökonomischen Anpassungsdruck, der unter Globalisierungsbedingungen entsteht, häufig nicht stand. Die Folge ist eine Abnahme der Fähigkeit zur Gewaltkontrolle und politischen Steuerung und damit eine wachsende Gefahr des Ausbruchs von Bürgerkriegen und der Entstehung von selbstgesteuerten Gewaltmärkten. Andererseits spielen der Strukturwandel des internationalen Systems und die Entstehung neuer Bedrohungsperzeptionen eine wichtige Rolle für

das Konfliktverhalten von Staaten und internationalen Organisationen. Was demgegenüber aber in den Hintergrund rückt und was sich mit dem Begriff des Politischen wieder deutlicher erkennen lässt, ist die ordnungstiftende Kraft solcher neuen Konflikte.

Was man an dieser Stelle beobachten kann, ist ein Transformationsprozess der Konflikte um das Politische selbst, der einen Teil der Entgrenzung der Weltgesellschaft ausmacht. Dieser Transformationsprozess führt aber nicht zu einem Verschwinden der Simulation von Gesellschaft, sondern zu einem symbolischen Wandel, d.h. zur Entstehung neuer Imaginationen von Gesellschaft. Neue, postnationale Konflikte haben damit eine ähnliche, aber anders gerichtete ordnungsbildende Kraft wie die Konflikte um das Politische in und zwischen nationalstaatlich verfassten Gesellschaften. Im Rahmen der von der Forschungsgruppe Weltgesellschaft entworfenen Theorie der Weltgesellschaft lässt sich dieser Prozess auch als *rebordering* beschreiben. Anders als Globalisierungstheorien und politikwissenschaftliche Diagnosen der Trans- oder Denationalisierung erlaubt es dieser Weltgesellschaftsansatz, neue Grenzziehungsprozesse und damit neue Formen des Politischen stärker zu berücksichtigen. Prozesse des *debordering* werden immer auch von Prozessen des *rebordering* begleitet. In solchen *rebordering*-Prozessen kristallisieren sich neue, postnationale Formen des Politischen, d.h. postnationale Formen der Vergesellschaftung heraus (Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996; Albert/Jacobson/Lapid 2001). Dieser Transformationsprozess vollzieht sich innerhalb der beiden Konfliktdynamiken um das Politische, d.h. um die Grenze zwischen Innen und Außen. Im Kontext zwischenstaatlicher Kriege und Konflikte lässt sich seit 1945 eine kontinuierliche Zivilisierung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen beobachten. Staaten suchen offenbar immer seltener den gewaltsamen Konflikt mit anderen Staaten, sondern lassen sich in ihrem Außenverhalten stärker auf international geltende Normen und Institutionen ein. Das weltweite Konfliktgeschehen wird dadurch entschärft und das internationale System stärker integriert. Diese Integration verdankt sich einer Verschiebung der konfliktträchtigen Grenze nach Außen: zwischen einer internationalen Gemeinschaft der Staaten und internationalen Organisationen, die sich, wenigstens ihrer Selbstbeschreibung nach, an Menschenrechten und demokratischen Standards orientieren und jenen Staaten und nicht-staatlichen Akteuren, die diese missachten. Zivile und militärische Interventionen und Sanktionen über die Souveränität von Staaten hinweg und auch gegenüber nicht-staatlichen Akteuren sind die Folge und bilden insofern die Fortsetzung eines Modernitätskonflikts, der sich

zuvor an der territorialen Grenze des Nationalstaats orientierte. Die ordnungstiftende Folge ist die symbolische Integration der Weltgesellschaft, die in dieser Hinsicht mehr ist als die bloße Summe globaler Interaktionen, weil sie im Zuge dieser postnationalen Konfliktkonstellation erst als solche sichtbar wird. Insofern ließe sich von einer Globalisierung des Politischen durch neue transnationale Konflikte sprechen, wenn damit gemeint ist, dass eine neue – umkämpfte – Grenze zwischen dem Innen und dem Außen der Weltgesellschaft gezogen wird, die die Weltgesellschaft als solche symbolisch hervorbringt. Wie der zwischenstaatliche Krieg mobilisieren diese neuen Konflikte weltgesellschaftliche Kräfte: In postnationalen Legitimationsprozessen werden Identitäten, äußere Bedrohungen und Feindbilder konstruiert, militärische Ressourcen werden benötigt und Entscheidungen über Krieg und Frieden auf suprastaatliche oder internationale Organisationen verschoben, die damit zumindest temporär die Funktion der Gewaltmonopolisierung in der Weltgesellschaft übernehmen. Damit entsteht makrosoziologisch gesprochen zunehmend die Simulation gesellschaftlicher Einheit – jetzt nicht mehr am nationalstaatlichen, sondern am weltgesellschaftlichen Modell des Politischen orientiert, auch wenn der Nationalstaat weiter ein wichtiger Akteur im globalen Konfliktgeschehen bleibt.

Der zweite Transformationsprozess findet demgegenüber im Inneren des Nationalstaats statt. Innerstaatliche Konflikte um das Politische führen hier aufgrund unterschiedlicher Faktoren zur Bildung subnationaler Formen des Politischen, die in einem Konfliktsystem aus der Entkopplung von Inklusion, kollektiven Identitäten und deren territorialer Metacodierung entstehen. Dieser Prozess vollzieht sich in erster Linie in jenen Gegenden der Weltgesellschaft, in denen das nationalstaatliche Modell des Politischen immer schon in Konkurrenz zu anderen Modellen – etwa verwandtschaftlichen oder religiösen – stand. Klaus Schlichte (2006) hat jüngst in diesem Zusammenhang betont, dass in diesen Konflikten zwar am Ideal der Staatlichkeit als weltgesellschaftlich durchgesetzter politischer Leitvorstellung festgehalten wird, die Praktiken der Konfliktparteien sich aber aus unterschiedlichen und empirisch zu untersuchenden Gründen von diesem Ideal immer weiter entfernen. Schlichte spricht hier von einem größer werdenden „Hiatus zwischen dem Ideal des Staates und der Praxis politischer Herrschaft vor allem dort, wo die Erosion in getrennte Gebiets Herrschaften mündet, wie dies in Warlord-Konfigurationen der Fall ist“ (Schlichte 2006: 20). Daraus und aus den damit einhergehenden Identitätspolitik von Gruppen, die um neue Definitionen des Politischen kämpfen, resultieren dann post- oder besser subnationale Simulationen gesellschaft-



licher Einheit, an die sich nicht selten die territoriale Kontrolle über Ressourcen knüpfen.

Zwischen diesen beiden Konfliktodynamiken entwickeln sich schließlich regionale Modelle des Politischen – etwa durch die Formierung transnationaler Konfliktakteure wie der Europäischen Union. Hier wirkt die Formulierung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ebenso gesellschaftsbildend wie die Verabschiedung einer Verfassung oder die aktive Beteiligung an internationalen Konflikten – ob im Sinne einer Zivilmacht oder als Teil einer militärischen Intervention.

## 7. Fazit

Deutlich werden sollte mit diesem Beitrag, dass sich der Begriff des Politischen im Rahmen einer Soziologie der internationalen Beziehungen gut zur Analyse des Wandels globaler Konfliktodynamiken eignet. Eher stillschweigend wurde unterstellt, dass eine soziologische Perspektive innerhalb der Internationalen Beziehungen nicht von Staaten als Analyseeinheit ausgeht, sondern von Gesellschaften, vor allem von einer Weltgesellschaft, in der wiederum Staaten Akteure neben anderen politischen Akteuren sind (Jung 2001). Nationalstaatliche Grenzen markieren, so wurde argumentiert, nur eine Möglichkeit der Konstruktion des Politischen. Zusammenfassend lassen sich wenigstens drei solcher Formen des Politischen unterscheiden, die sich in und durch Konfliktodynamiken im Rahmen der Evolution des Politischen herauskristallisieren: eine weltgesellschaftliche, eine subnationale und eine transnationale. Der Begriff des Politischen erlaubt es dabei, die ordnungsstiftende Kraft postnationaler Konfliktodynamiken in den Blick zu bekommen und auch jene neuen Konflikte nicht als Folge unabgeschlossener Modernisierungsprozesse, sondern vor allem als Modernitätskonflikte, also als Konflikte um die Symbolisierung gesellschaftlicher Einheit zu verstehen. Dadurch eröffnet sich für eine Soziologie der internationalen Beziehungen auch die Möglichkeit, die kulturellen und kontextuellen Eigenheiten von Konfliktodynamiken mit zu berücksichtigen. Denn wie und wodurch Gesellschaften symbolisiert werden und welche Konflikte sich daraus ergeben, ist eine empirische Frage der Analyse von Modernitätskonflikten.

## 8. Literaturverzeichnis

- Agamben, Giorgio (2004): *Homo sacer*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Albert, Mathias (2002): *Zur Politik der Weltgesellschaft. Identität und Recht im Kontext internationaler Vergesellschaftung*, Weilerswist: Velbrück.
- Ders. (2003): „Politik der Identität und Identität der Politik, globale Politik und die Heterogenität des Politischen“, in: Nassehi, Armin/Schroer, Markus (Hg.): *Der Begriff des Politischen*, Baden-Baden: Nomos, 557-570.
- Albert, Mathias/Brock, Lothar (2001): „Debordering the World of States: New Spaces in International Relations“, in: Albert, Mathias/Jacobson, David/Lapid, Yosef (Hg.): *Identities, Borders, Orders. Rethinking International Relations*, Minneapolis: University of Minnesota Press: 19-43.
- Albert, Mathias/Jacobson, David/Lapid, Yosef (2001) (Hg.): *Identities, Borders, Orders. Rethinking International Relations*, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Albert, Mathias/Stetter, Stephan (2006): „Viele Weltgesellschaften, viele Konflikte? Zur Rolle von Konflikt in Weltgesellschaftstheorien“, in: Bonacker, Thorsten/Weller, Christoph (Hg.): *Konflikte der Weltgesellschaft*, Frankfurt am Main/New York: Campus: 49-79.
- Albrow, Martin (1998): *Abschied vom Nationalstaat*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bauman, Zygmunt (1997): *Moderne und Ambivalenz*, Frankfurt am Main: Fischer Verlag.
- Beck, Ulrich (2004): *Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bernhardt, Jan/Bonacker, Thorsten (2006): „Von der security community zur securitized community. Zur Diskursanalyse von Versicherheitlichungsprozessen am Beispiel der Konstruktion einer europäischen Identität“, in: Siedschlag, Alexander (Hg.): *Methoden der Sicherheitspolitik*, Wiesbaden: VS-Verlag: 219-242.
- Bonacker, Thorsten (2005): „Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien – Einleitung und Überblick“, in: Ders. (Hg.): *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien*, Wiesbaden: VS-Verlag, 9-29.
- Ders. (2006a): „Frieden in der globalen Moderne. Neue und alte Antinomien“, in: *Mittelweg*, 36, 1: 49-60.
- Ders. (2006b): „Modernitätskonflikte in der Weltgesellschaft. Zur kulturellen Konstruktion globaler Konflikte“, in: *Soziale Welt*, 57: 47-64.
- Ders. (2006c): „What Do We Have in Common? Modernity and the Paradoxes of Postnational Integration“, in: *Studies in Social and Political Thought*, 10: 73-97.
- Ders. (2006d): „Krieg und die Theorie der Weltgesellschaft“, in: Geis, Anna (Hg.): *Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse*, Baden-Baden: Nomos: 75-93.
- Ders. (2007): „Der Kampf der Interpretationen. Zur Konflikthaftigkeit der politischen Moderne“, in: Bonacker, Thorsten/Reckwitz, Andreas (Hg.): *Kulturen der Moderne. Soziologische Perspektiven der Gegenwart*, Frankfurt am Main/New York, im Erscheinen.
- Bonacker, Thorsten/Brodacz, André (2001): „Im Namen der Menschenrechte. Zur symbolischen Integration der internationalen Gemeinschaft durch Normen“, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 8: 179-208.
- Bonacker, Thorsten/Reckwitz, Andreas (2006) (Hg.): *Kulturen der Moderne. Soziologische Perspektiven der Gegenwart*, Frankfurt am Main/New York, im Erscheinen.
- Bonacker, Thorsten/Wagner, Ulrich (2003): „Intergruppenkonflikte als Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Konfliktforschung“, in: *Wissenschaft und Frieden*, 4: 48-51.
- Bonacker, Thorsten/Weller, Christoph (2006): „Konflikte der Weltgesellschaft: aktuelle Theorie- und Forschungsperspektiven“, in: dies. (Hg.): *Konflikte der Weltgesellschaft*, Frankfurt am Main/New York: Campus: 9-48.
- Brodacz, André (2002): „Institution als symbolische Form“, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 12: 211-226.
- Ders. (2005): „Die Konflikttheorie des zivilgesellschaftlichen Republikanismus“, in: Bonacker, Thorsten (Hg.): *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien*, Wiesbaden: VS-Verlag: 231-248.
- Burton, John (1972): *World Society*, Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Dubiel, Helmut (1999): „Integration durch Konflikte?“, in: Friedrichs, Jürgen/Jagodzinski, Wolfgang (Hg.): *Soziale Integration*, KZfSS, Sonderheft 39: 132-143.
- Eisenstadt, Shmuel N. (2005): *Paradoxien der Demokratie. Die politische Theorie auf der Suche nach dem Politischen*, Frankfurt am Main: Humanities Online.

- Forschungsgruppe Weltgesellschaft (1996): „Weltgesellschaft: Identifizierung eines ‚Phantoms‘“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 37: 5-26.
- Foucault, Michel (2004): *Geschichte der Gouvernementalität*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Giddens, Anthony (1987): *The Nation-State and Violence*, Berkeley: University of California Press.
- Giesen, Bernhard (1991): *Die Entdinglichung des Sozialen. Eine evolutionstheoretische Perspektive auf die Postmoderne*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Joas, Hans (2000): *Kriege und Werte. Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Jung, Dietrich (2001): „The Political Sociology of World Society“, in: *European Journal of International Relations*, 7: 443-474.
- Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn (1998): *Activists Beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics*, Cornell University Press: Ithaca.
- Koenig, Matthias (2005): „World Society and the Problem of Multiple Modernities“, Paper presented at the Junior Theorists Symposium of the American Sociological Association's (ASA) Theory Section in Philadelphia/USA.
- Laclau, Ernesto (1996): *Emancipation(s)*, London: Verso.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien: Turia + Kant.
- Lefort, Claude (1990): „Die Frage der Demokratie“, in: Rödel, Ulrich (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp: 281-297.
- Ders. (1999): *Die Fortdauer des Theologisch-Politischen?*, Wien: Passagen Verlag.
- Lefort, Claude/Gauchet, Marcel (1990): „Über die Demokratie. Das Politische und die Instituierung des Politischen“, in: Rödel, Ulrich (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 89-122.
- Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Meyer, John W. (2005): *Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (1993): *The Return of the Political*, London: Verso.
- Nassehi, Armin (2003): „Der Begriff des Politischen und die doppelte Normativität der ‚soziologischen‘ Moderne“, in: Ders./Schroer, Markus (Hg.): *Der Begriff des Politischen*, Baden-Baden: Nomos: 133-169.
- Nassehi, Armin/Schroer, Markus (Hg.) (2003): *Der Begriff des Politischen*, Soziale Welt, Sonderheft 14, Baden-Baden: Nomos.
- Randeria, Shalini (2004): „Konfigurationen der Moderne: Zur Einleitung“, in: Dies. (Hg.): *Konfiguration der Moderne: Diskurse zu Indien*, Soziale Welt, Sonderband 15: 1-34.
- Rödel, Ulrich/Frankenberger, Günter/Dubiel, Helmut (1989): *Die demokratische Frage*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schlichte, Klaus (2005): *Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Ders. (2006): „Staatsbildung und Staatszerfall. Zur politischen Soziologie der Weltgesellschaft“, in: Bonacker, Thorsten/Weller, Christoph (Hg.): *Konflikte der Weltgesellschaft*, Frankfurt am Main/New York: Campus: 197-220.
- Senghaas, Dieter (1995): „Frieden als Zivilisierungsprojekt“, in: Ders. (Hg.): *Den Frieden denken*, Frankfurt am Main: Suhrkamp: 196-223.
- Sternberger, Dolf (1983): „Das Wort ‚Politik‘ und der Begriff des Politischen“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 24: 6-14.
- Stichweh, Rudolf (2000): *Die Weltgesellschaft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Teubner, Gunther (1996) (Hg.): *Global Law without a State*, Aldershot: Dartmouth.
- Žižek, Slavoj (1994): „ ‚Genieße Deine Nation wie Dich selbst! Der Andere und das Böse – Vom Begehren des ethnischen Dings‘“, in: Vogl, Joseph (Hg.): *Gemeinschaften*, Frankfurt am Main: Suhrkamp: 133-165.
- Zürn, Michael (1998): *Regieren jenseits des Nationalstaats*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.







# CCS WORKING PAPERS

## VORSCHAU

Derzeit sind CCS **WORKING PAPER** zu folgenden Themenbereichen in Vorbereitung:

(Arbeitstitel)

Divided by a Common Religion? The Role of Religion in Europe and the USA  
and its Implications for Transatlantic Relations  
(Mathias Bös and Kai Hebel)

Computersimulationen von Peacebuilding. Anforderungen an die  
Modellierung von externen Strategien am Beispiel der NATO-Simulationsprogramme  
ZETA und GAMMA  
(Maximilian Nonnenmacher)

Between Mezzogiorno and a New Ireland - Economic Issues in Bosnia and Herzegovina  
Eleven Years After Dayton  
(Julika Bake, Simon Runkel, and Rob Scheid)

Building A Substantial Peace? Analyzing International Reconciliation Efforts in Bosnia and  
Herzegovina  
(Jane Viola Felber, Constanze-Sibyl Röber, and Marusa Rosulnik)

CCS **WORKING PAPERS** sind kostenlos als PDF-Dateien verfügbar unter  
<http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung/working-papers/>



Zentrum für Konfliktforschung  
Philipps-Universität Marburg  
Ketzertbach 11  
35032 Marburg/Lahn  
konflikt@staff.uni-marburg.de  
[www.uni-marburg.de/konfliktforschung](http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung)